

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - SONDERSITZUNG VERKEHRSENTWICKLUNGSPLAN UND ZUM THEMA ASYL AM 10.10.2013

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 10.10.2013
Beginn:	17:30 Uhr
Ende	21:40 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

2. Bürgermeister Werner May

Stadtrat Manuel Müller

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ab Zif.1Ö (18.24 Uhr)

UKB-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther
Stadträtin Rosmarie Richter
Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

bis Zif. 1Ö

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn
Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt

Ortssprecher

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer/in

Verwaltungsfachangestellte Franziska Schlier

Berichterstatter

Stadtplaner Torsten Fischer
Bauamtsleiter Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

1.1Ö

Entschuldigt:**Ortssprecher**

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen folgende Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller gibt bekannt, dass die Verwaltung vor Tagesordnungspunkt 2 eine kurze nichtöffentliche Information weitergeben werde.
Hiermit besteht Einverständnis.

**1. Vortrag zum Verkehrsentwicklungsplan / Beschluss zum Abschlussbericht
Antrag der SPD vom 14.08.2013, Veranstaltungshalle für Kitzingen und
Busanbindung Innopark**

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass der Verkehrsentwicklungsplan in heutiger Sondersitzung seinen Abschluss finden solle, bittet daher das Gremium um Zustimmung zum Endbericht und übergibt das Wort an Herrn Dr. Baier mit der Bitte um Vorstellung des Berichts.

Herr Dr. Baier geht an Hand einer Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift) ausführlich auf den Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Kitzingen und anschließend auf diverse Verständnisfragen der Stadtratsmitglieder ein.

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Grup-

pen und übergibt vorrangig das Wort an Stadtrat Rank als Referent für Stadtentwicklung.

Stadtrat Rank dankt Herrn Baier für die aufklärende Darstellung und erkennt, dass die Umsetzung nun von Seiten der Stadt Kitzingen unter Festlegung der wichtigsten Themen angetrieben werden müsse.

Aus Sicht der Stadtentwicklung spricht er sich für folgende Prioritätenliste aus:

1. Re-Optimierung der Ampelschaltungen
2. Zentraler Omnibusbahnhof Bahnhofsgelände
3. Unterführung „Innere Sulzfelder Straße“
4. Umgestaltung des Königsplatzes
5. Haltestelle am Rosengarten

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. -gruppen:

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erinnert an diverse Anträge der CSU-Fraktion aus vergangenen Jahren bezüglich der Nachbarregionen, der LKW-Stellplatzproblematik, des Fußgängerüberwegs an der „Alten Mainbrücke“, des Bahnlärms sowie der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Diese Themenbereiche halte er für sehr wichtig und die Berücksichtigung habe ihm gefehlt.

Betreffend des Konzepts zum Radverkehr erkennt er, dass die Detailarbeit bei der Verwaltung liege. Eigentlich sollte sich durch den Verkehrsrechner der Verkehrsfluss verbessern, dies sei aber nicht der Fall.

Im Fazit lobt er die Arbeit des Verkehrsbüros Dr. Baier, stellt aber fest, dass es auf die Umsetzung ankomme.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul kritisiert, die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans habe zu lange gedauert, dennoch sei eine Realisierung so gut wie gar nicht eingetroffen. Weiter hätte sie sich eine Mitarbeit beim Verkehrsrechner erwartet, um das stets auftretende Verkehrschaos zu verhindern. Abschließend wurde eine To-Do-Liste für das Bauamt erstellt, aber kein Zeitrahmen angegeben. Der Verkehrsentwicklungsplan sei wichtig, aber der Vorliegende zu unkonkret und teilweise inaktuell.

Aus diesen Gründen bittet sie um getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussziffern.

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Marstaller schließt sich der Prioritätenennung von Herrn Rank an. Lediglich die Bushaltestelle am Rosengarten würde er vorziehen, da die Umsetzung der Maßnahme ohne größeren Aufwand erfolgen könnte. Weiter hält er die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für wichtig.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp dankt Herrn Dr. Baier für die Aufzeigung von Zielkonzepten und erklärt, dass jetzt das Bauamt einen Zeitplan inklusive Prioritätensetzung und (abschnittsweiser) Kosten aufstellen müsse. Dies solle zu den Haushaltsberatungen erfolgen.

Priorisiert sehe sie auch die Maßnahme „Bushaltestelle am Rosengarten“, bittet aber vorab um Prüfung, ob die beiden bestehenden Parkplätze ausreichend seien. Zudem sollte die Realisierung des Busbahnhofs am Bahnhof zeitnah erfolgen. In diesem Zusammenhang weist sie auch auf die Überarbeitung des Schotterparkplatzes am Rot-Weiß-Heim hin und bittet um kostengünstige und ordnungsgemäße Beschilderung der Busparkplätze am Bleichwasen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof ist der Ansicht, dass für die Zielsetzung die Langfristigkeit im Auge behalten werden müsse. So wünsche er sich nicht nur Lösungsansätze, sondern auch alternative Möglichkeiten. Zudem hätte er erwartet, dass ein Verkehrsentwickler sich mit Vermeidungsstrategien zur Umweltbelastung befasst und mögliche Angebote von Energieversorgern einbezieht. Die Lenkung des Verkehrs fehle im vorgelegten Konzept gänzlich. Weiter könne er keine Zukunftsprognosen erkennen und die Berücksichtigung der zukunftsweisenden Technik vermisste er ebenso.

Die Einführung eines Stadtbusses halte er auf Grund der Größe von Kitzingen für finanziell riskant. Hierzu wäre eine Stellungnahme des Stadtkämmerers hilfreich. Die KIK-Fraktion stelle sich gegen einen Übergang am Rosengarten, da dieser Platz wegnehmen würde sowie gegen die Sichtweise des Planers, dass die südlichen Kleingartenfelder als Verfügungsmasse betrachtet werden könnten, obwohl der Stadtrat Gegenteiliges beschlossen habe. Zur Lärmsituation bei der Maßnahme Bahnunterführung „Innere Sulzfelder Straße“ wurden keine Fakten dargelegt.

Abschließend erklärt Bürgermeister Christof, eine Abstimmung zum derzeitigen Wissensstand sei nicht möglich. Aus diesem Grund beantragt er, die Unterlagen lediglich zur Kenntnis zu nehmen, die weitere Vorgehensweise zu diskutieren und in einer Bürgerversammlung vorzustellen – ehe ein Beschluss herbeigeführt wird.

UKB-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt dankt für die Vorstellung und erkennt eine positive Einstellung zur Grundlagenentwicklung, insbesondere das Zielkonzept zum Radverkehr gefällt sowie die Aussage, keine weiteren Straßen zu benötigen bzw. projektieren zu wollen. Die Überlegungen zur Verkehrsaufwertung der „Alten Poststraße“ sehe er skeptisch und plädiere für die „Würzburger Straße“ als Lösung für die Zufahrt zur Innenstadt. In der Vorstellung fehle ihm die Ein- und Anbindung der Ortsteile an die Stadt. In der Gesamtheit erkenne er, dass die Umsetzung nicht einfach wird und somit umfassende Beratungen erforderlich seien, um ein Ergebnis zu finden. Demnach würde eine Beschlussfassung zu den Maßnahmen in heutiger Sitzung nicht möglich sein.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt hält das Konzept im Großen und Ganzen für gelungen, erkennt aber auch, dass die Sichtweise der ödp-Stadtratsgruppe in manchen Bereichen Differenzen aufzeige. Die eigentliche Arbeit für Kitzingen beginne nun mit der Prioritätenliste, wobei sie sich bevorzugt für Fahrradvorhaben (mit „Grüner Welle“) ausspreche. Die Schaffung von Schutzstreifen halte sie für eine gute Alternativlösung, die in manchen Bereichen einfach umzusetzen wäre. Grundsätzlich gibt sie ihre Enttäuschung bekannt, dass laut der Prognosen die B8 durch die Nordtangente keine Entlastung aufzeige.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm hält die Konzeption grundsätzlich für positiv. Kitzingen müsse nach vorne gehen und die relativ einfach zu realisierenden Maßnahmen (wie bspw. Schutzstreifen für Radfahrer, Parkplatz Etwashausen) umsetzen. Ebenfalls halte er prinzipiell eine Entscheidung für den Bahnhof und andere Projekte für sehr wichtig. Im Allgemeinen sollte vorrangig das Ziel angestrebt werden, Kitzingen grundsätzlich weiter zu entwickeln.

Oberbürgermeister Müller stellt abschließend klar, dass durch die Beschlussfassung keine Einzelmaßnahmen entschieden werden. Es ginge hier lediglich um die Grundlage des weiteren Handelns. Eine Prioritätensetzung unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel sei erforderlich sowie die Einarbeitung der Maßnah-

men in die mittelfristige Finanzplanung.

abgelehnt **dafür 5** **dagegen 26**

Der Stadtrat beschließt auf Antrag von Bürgermeister Christof, den Sachstand zur Kenntnis zu nehmen und in heutiger Sitzung keinen Beschluss zu fassen.

beschlossen **dafür 25** **dagegen 6**

Dem Antrag von Stadträtin Dr. Endres-Paul auf getrennte Abstimmung der Beschlussziffern wird stattgegeben.

beschlossen **dafür 25** **dagegen 6**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Leitlinien und Handlungsprioritäten des Verkehrsentwicklungsplanes als Grundlage des weiteren städtischen Handelns.

abgelehnt **dafür 8** **dagegen 23**

3. Das Thema Stadtbuss soll als wesentliches Ziel der innerstädtischen Mobilität weitergeführt werden. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das Thema Stadtbuss die weiteren Schritte gem. Punkt 6.2 einzuleiten und den Stadtrat entsprechend einzubinden und zu informieren. Hierbei sind die Konversionsflächen (Innopark, conneKT) zu berücksichtigen.

beschlossen **dafür 26** **dagegen 5**

4. Der Oberbürgermeister, in Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtbetriebe GmbH, wird aufgefordert, das Thema - „Optimierung des Bewirtschaftungssystems der einzelnen Parkhäuser im Innenstadtgebiet“ - in die Gesellschafterversammlung einzubringen.

beschlossen **dafür 26** **dagegen 5**

5. Die Verlängerung der Panzerstraße, im Bereich der ehemaligen Harvey Barracks, als potentieller Tangentenring, soll auf Grundlage der unter Punkt 6.1.2 gemachten Erläuterungen nicht weiterverfolgt werden.

beschlossen **dafür 30** **dagegen 1**

6. Im Bereich Innopark soll in Abstimmung mit dem Grundeigentümer eine zusätzliche AST-Haltestelle eingerichtet werden. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte einzuleiten.

beschlossen dafür 22 dagegen 9

7. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde mit dieser Vorlage behandelt.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.50 bis 20.05 Uhr.

2. Unterbringung von Asylbewerbern in Kitzingen

2.1. Informationen der Regierung von Unterfranken und des Landratsamtes Kitzingen sowie des Städtischen Bauamtes zur bauplanungsrechtlichen Situation am Corlette Circle

Oberbürgermeister Müller begrüßt Herrn Weingart (Regierung von Unterfranken) und Frau Graber (Landratsamt Kitzingen) und erklärt das Vorgehen. Er werde nacheinander mit den Vorträgen von der Regierung, dem Landratsamt und der Stadt beginnen. Nach anschließender Diskussion und der Abfrage der Stellungnahmen werden die Anträge zur Abstimmung gestellt. Die drei bestehenden Anträge der CSU, ödp und SPD werden durch den Gemeinschaftsantrag der drei Fraktionen/ Gruppen ersetzt.

Herr Weingart erklärt ausführlich die Sachlage und informiert, dass die Zahlen der Immigranten und Flüchtlinge stetig steigen. In Kitzingen wurden die Liegenschaften des Corlette Circle dem Freistaat angeboten, um Asylbewerber unterzubringen. Die Regierung von Unterfranken sei gefordert, Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen, dies sei auch die staatliche Pflicht des Landratsamtes. Er gehe für den Landkreis von zirka 80 Asylbewerbern im kommenden Jahr aus, aktuell hätte der Landkreis noch 30 – 40 aufzunehmen. Die Regierung von Unterfranken sei noch nicht konkret an das Landratsamt herangetreten, da die Liegenschaften des Corlette Circle noch im Gespräch seien. Auf Grund der zeitlichen Bedrängnis wäre eine Umsetzung noch im Winter 2013/2014 wünschenswert.

Frau Graber erläutert, dass das Landratsamt für die Leistungen der Asylbewerber zuständig ist. Die Betreuung laufe über die Regierung mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter der Caritas sowie über den Arbeitskreis Asyl.

Oberrechtsrätin Schmöger erfragt, ob die zu schaffende Wohnsituation in Form von zentralen Einrichtungen oder in anderer Weise erfolgen solle.

Herr Weingart erklärt, dass der Vorteil einer Sammeleinrichtung die Schaffung von zentralen Versorgungspunkten (bspw. Betreuung durch Sozialarbeiter, Gemeinschaftsräume, Waschräume etc.) sei. Die ursprüngliche Struktur der Häuser würde man allerdings beibehalten.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass zwei der Anträge eine Angabe zur Nationalität beinhalten und erfragt, inwieweit dies berücksichtigt werden könnte.

Herr Weingart führt aus, dass dies schwierig sei, die Erfahrung aber auch zeigt, dass die Mischung der Nationalitäten besser sei.

Stadträtin Glos als Integrationsreferentin moniert, dass sie auf mehrfache Nachfragen nicht in die Thematik eingebunden wurde. Ihrer Ansicht nach sollte erst ein Gespräch mit der Landrätin geführt werden, da die Zuständigkeit für Flüchtlinge

und Asylbetreuung beim Landratsamt liegen. Weiter halte sie es für sinnvoll, hier auch die BürgermeisterInnen des gesamten Landkreises zu involvieren. Sie würde sich wünschen, dass die Unterbringung relativ zentrumsnah erfolgt, um die Menschen entsprechend in die Gesellschaft einbinden zu können und Dinge des Alltags zu erleichtern. Nach Ortseinsicht konnte sie feststellen, dass die Kapazitäten im Corlette Circle als Unterbringungsstätte gut genutzt werden könnten. Stadträtin Glos beantragt, die Problematik vorerst in einem Gespräch zwischen ihr, dem Oberbürgermeister, der Landrätin, der Regierung von Unterfranken, Herrn Wittmann und der Integrationsbeauftragten des Landratsamtes zu thematisieren und dann zeitnah eine Entscheidung zu treffen.

Oberbürgermeister Müller weist die Vorwürfe zurück, da in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung auf Grund der Aussagen des Regierungspräsidenten, dass die Aufnahme von Asylanten auf den Landkreis Kitzingen zukommen werde, mitgeteilt wurde, dass es ein Angebot von einem privaten Investor (Innopark) gebe. Hätte dieser seine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, hätte es nicht verhindert werden können. Innopark habe aber im Nachgang das Angebot zurückgezogen. Daraufhin hat Herr Dr. Beinhofer mitgeteilt, dass laut Ministerium auf Konversionsflächen zurückgegriffen werden soll, wenn keine anderen Unterkünfte gefunden werden.

So waren dann auch die Marshall Heights im Gespräch, mit dem Hinweis, dass Corlette Circle bereits im privaten Besitz eines Kitzinger Bürgers ist.

Deshalb wären diese Flächen am unproblematischsten und er habe in der Besprechung die Fraktionen aufgefordert, ihr Einverständnis innerhalb von 14 Tagen mitzuteilen. Auf diese Aufforderung kam keine Rückmeldung, also hat er dem Eigentümer mitgeteilt, dass in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung kein Widerspruch einging.

Anschließend habe die Regierung einen Gesprächstermin einberufen, um die Thematik mit dem Eigentümer zu klären.

Die Angelegenheit, Asylanten unterzubringen, sei aber klar im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes, lediglich im Verfahren bezüglich des Baurechtes sei die Stadt Kitzingen einzubinden und diese Tatsachen wurden stets kommuniziert.

Stadträtin Glos betont, ihr wäre es wichtig gewesen, ehrenamtlich Tätige miteinzubeziehen, hierfür hätte sie aber mehr involviert werden müssen.

Auf Anfrage von Bürgermeister Christof, ob ein Beschluss der Stadt Kitzingen erforderlich ist, dass der Stadtrat einverstanden ist, dass die Regierung mit dem Vermieter einen Vertrag schließt, erklärt Herr Weingart, dass er durch ein Einverständnis der Stadt Kitzingen die Schaffung der Voraussetzungen weiter nach vorne treiben könne und dies die Situation vereinfachen würde. Die Regierung werde keine Verträge unter Vorbehalt schließen, wenn die Planungen der Stadt Kitzingen in eine andere Richtung gehen. Die Aussage, dass die Stadt Kitzingen eine positive Haltung zur Aufnahme von Asylbewerbern hat, habe er vernommen und freue ihn sehr. Ihm ginge es in heutiger Sitzung um die Weichenstellung und die weiteren Vorstellungen für den Corlette Circle.

Stadträtin Schmidt spricht sich vorzugsweise für eine zentrale Unterbringung aus, um die Menschen integrieren zu können.

Auf Nachfrage von Stadtrat Pauluhn informiert Herr Weingart, dass eine Gemeinschaftsunterkunft Kapazität für maximal 50 Personen biete.

Stadträtin Wallrapp dankt für die Aufklärung und erfragt, auf wie viele Jahre ein Vertrag geschlossen werden würde und ob die Schaffung des Baurechts in diesem Jahr überhaupt noch möglich wäre.

Herr Weingart geht davon aus, dass die Bezugsfähigkeit vermutlich erst im Frühjahr 2014 vollendet werden könne. Übergangsweise müsse eine Zwischenlösung

durch das Landratsamt entwickelt werden. Die Vertragsdauer hänge von der Entwicklung ab.

Er betont, dass es Wunsch der Regierung ist, ohne Vorbehalte gemeinsam mit Kitzingen etwas zu schaffen.

Auf kritische Frage von Stadtrat Moser bestätigt Herr Weingart, dass es für Flüchtlinge keine Pflicht gebe, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen.

Frau Graber informiert auf Nachfrage von Oberbürgermeister Müller, dass es im ganzen Landkreis verschiedene Anbieter sowie diverse Privatangebote gebe, die aber eingesehen werden müssen - falls Kitzingen ablehnt.

Bürgermeister Christof gibt die Änderung seines Antrages bekannt, da die Eingrenzung auf „syrische“ Flüchtlinge nicht möglich ist. Diese Beschränkung möchte er streichen.

Stadtrat Pauluhn geht ausführlich auf den gemeinsamen Antrag ein. Er erkennt, dass das Gremium grundsätzlich für die Unterbringung von Asylbewerbern spreche. Er plädiere für eine dauerhafte Lösung, aber gegen Massenunterkünfte von 150 Personen an einem Standort. Weiter würde er sich wünschen, die Bürger einzubeziehen.

Abschließend informiert auch er über die Änderung des Beschlussentwurfes, da die Eingrenzung bezogen auf Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien nicht umsetzbar ist. Somit könne dieser Punkt gestrichen werden.

Stadtrat Pauluhn fügt hinzu, dass trotz vorhersehbarer Mehrkosten eine dezentrale Unterbringung von den Antragstellern bevorzugt werde.

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. -gruppen:

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser meint, es sei alles gesagt.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul schließt sich ihrem Vorredner an.

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Marstaller spricht sich für die Aufnahme von Asylbewerbern aus – soweit keine baurechtlichen Probleme aufkommen.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp unterstützt im Corlette Circle die Aufnahme von maximal 150 Personen, soweit eine Betreuung zugesagt wird.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof verweist auf den Antrag.

UKB-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt betont, man müsse umgehend tätig werden, um eine Entscheidung bezüglich des Asyls herbeizuführen. Er habe keine Einwände gegen die Aufnahme im Corlette Circle. Von baurechtlicher Seite sehe er keine Problematik bei der Genehmigung. Die UKB-Fraktion stimmt dafür, bittet aber Verhinderungen durch andere Auffassungen zu unterlassen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt erklärt, es sei alles gesagt.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm stimmt zu, aber für die Unterbringung von maximal 150 Menschen.

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Die Beschlussfassung erfolgt im Rahmen der Stadtratsanträge:

- Antrag der KIK vom 07.09.2013, Zif. 2.2 dieser Niederschrift
- Antrag der CSU, ödp und SPD vom 07.10.2013, Zif. 2.3 dieser Niederschrift

2.2. Asylgewährung; hier: Antrag der KIK vom 07.09.2013

Oberbürgermeister Müller stellt den geänderten Beschlussentwurf zur Abstimmung und verweist auf die ausführliche Diskussion zur Sachlage unter Zif. 2.1 dieser Niederschrift.

abgelehnt dafür 15 dagegen 15

Die Stadt Kitzingen befürwortet die Aufnahme von 150 Asylsuchenden im Bereich Corlette Circle.

2.3. Unterbringung von Asylbewerbern im Corlette Circle; hier: Antrag der CSU, ödp und SPD vom 07.10.2013

Oberbürgermeister Müller stellt den geänderten Beschlussentwurf zur Abstimmung und verweist auf die ausführliche Diskussion zur Sachlage unter Zif. 2.1 dieser Niederschrift.

beschlossen dafür 20 dagegen 10

- Die Stadt prüft, ob nicht auch in anderen Stadtteilen Kitzingens eine Unterbringung von Asylbewerbern nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland bzw. Flüchtlingen nach § 3 Abs. 1 AsylVfG in Verbindung mit § 60 Abs. 1 AufenthG mit einer maximalen Belegung von 30 Personen möglich ist (nicht jedoch in abgesperrten Bereichen der Marshall Heights, Harvey Barracks oder im Innopark)
- alle Privatsleute mit eingebunden werden und bei ihnen nachgefragt wird, ob nicht Wohnraum zur Verfügung gestellt werden könnte, ebenso wie die stadteigene Kitzinger BauGmbH
- auch der Landkreis anteilig seinen "Unterbringungsbeitrag" leistet und nicht nur Kitzingen zur Unterbringung herangezogen wird. (Die Einwohner Kitzingens machen etwa 25 % der Landkreisbevölkerung aus, so dass hier auch andere Gemeinden mit einbezogen werden müssen und sollen. Nachdem das

Thema Asyl eine Landkreisaufgabe ist, sollte eine enge Absprache mit der verantwortlichen Stelle des Landratsamtes erfolgen.)

- parallel dazu ein Runder Tisch mit allen Beteiligten eingesetzt wird, um im Vorfeld viele auftretende Fragen zu erläutern, Lösungen gesucht und wichtige Vorarbeit geleistet wird unter Einbindung der Integrationsbeauftragten des Landkreises und der Stadt Kitzingen.
- eine Weiterverfolgung des Antrages auf Unterbringung von Asylbewerbern nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland bzw. Flüchtlingen nach § 3 Abs. 1 AsylVfG in Verbindung mit § 60 Abs. 1 AufenthG in den ehemaligen Corlette Circle über 30 Personen hinaus seitens der Stadt Kitzingen nicht mehr erfolgt.
- vor einer endgültigen Entscheidung zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen die Bevölkerung umfassend zu informieren und einzubinden (z.B. durch Bürger-und Anliegerversammlungen) ist.

Oberbürgermeister Müller gibt zu Protokoll, dass sich seine Gegenstimme durch die ursprüngliche Ausgangssituation mit der Unterbringung von Menschen aus Syrien begründen ließe sowie, dass die Zuständigkeit nicht im Aufgabenbereich der Stadt Kitzingen liege.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:40 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführerin

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Franziska Schlier
Verwaltungsfachangestellte